Bundesrat Drucksache 433/1/90

04.07.90

Antrag

des Landes Niedersachsen

zum

Zweiten Gesetz zur Änderung des Ernährungssicherstellungsgesetzes

Punkt 2 der 616. Sitzung des Bundesrates am 06. Juli 1990

Der Bundesrat möge zu dem Gesetzesbeschluß folgende Entschließung fassen:

Der Bundesrat nimmt die vorliegende Änderung des Ernährungssicherstellungsgesetzes zum Anlaß, die Bundesregierung aufzufordern, die Notstandsgesetze einschließlich der Notstandsverfassung einer grundlegenden Überprüfung zu unterziehen.

Die tiefgreifenden politischen Veränderungen in Europa in den vergangenen Jahren, insbesondere die Fortschritte beim KSZE-Prozeß und die weltweiten Abrüstungserfolge, machen einen militärischen Konflikt unwahrscheinlich. Der Bundesrat hält deshalb detaillierte gesetzliche Regelungen für einen Spannungs- und Verteidigungsfall für entbehrlich und verfehlt.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Katastrophenschutz und Verteidigungsfallvorsorge strikt voneinander zu trennen.

Ausgeliefert am 04. JULI 1990

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn 2
ISSN 0720-2946